

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	11
1. Thematik, Gegenstand und Zielsetzung	11
2. Definition der zentralen Begriffe	19
3. Der Deutsche Bundestag als Untersuchungsraum	28
4. Fragestellung und Thesenbildung	33
5. Quellenlage und Forschungsstand	44
Erstes Kapitel	
Biographisch-statistische Annäherung – individuelle und kollektive Identität von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag	49
1. Bestimmungsfaktoren politischer Identität	49
a) Zwangsmigrationserfahrung und regionaler Bezug	49
b) Sozialstruktur: Alter, Beruf, Geschlecht, Konfession	61
c) Interessenorganisation: Mitgliedschaft in Parteien, Fraktionen und Verbänden	66
Parteien und Fraktionen (66) – Verbände und parteiinterne Interessenorganisationen (72)	
2. Politische Identität aus eigener Sicht: Zum Selbstverständnis der vertriebenen Abgeordneten	85
3. Institutionelle Rahmenbedingungen des politischen Agierens	90
a) Wege zum Mandat: Auseinandersetzungen um Direktmandate und Listenplätze	90
b) Arbeitsschwerpunkte und Ausschussmitgliedschaften	99
4. Kollektive Identität? Konflikte um Vertretungsmacht	103
a) Kampf der »Radikalisierung«: Die Marginalisierung der rechtsradikalen Abgeordneten 1949–1953	103
b) Vertriebene als Regierungsmitglieder	115
c) Das BMVt im speziellen Fokus: Vertriebene Abgeordnete, der »Fall Oberländer« und der Rücktritt Krügers	125
5. Zwischenfazit: Vertriebene Abgeordnete im Spannungsfeld von Heterogenität und Homogenität	137

Zweites Kapitel

Parlamentarische Diskursanalyse Vertriebenenpolitik	139
1. Vertriebenenpolitik als unmittelbare sozialpolitische Herausforderung: Umsiedlung, Wohnung, Arbeit	139
a) Die Ausgangssituation 1945 und erste Konzeptionen der Parteien	139
b) Auseinandersetzungen um Bevölkerungsausgleich und Umsiedlungsgesetz	146
2. Die Grundlagen der Eingliederung bis 1953	162
a) Erster Erfolg? Die gesetzliche Regelung über Wiederverwendung und Versorgung der »verdrängten Beamten« nach Art. 131 GG	162
b) Feststellungsgesetz und Lastenausgleich 1949–1953	173
Erste Konzepte und Realisierungen (173) – Der Entstehungsprozess der Regierungsvorlage und die parallele Diskussion um eine geson- derte Schadensfeststellung (180) – Das LAG im parlamentarischen Verfahren (187)	
c) Eingliederung als Programm: Das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG)	206
3. Die Novellierungen von LAG und BVFG 1953–1974	228
a) Lastenausgleich als Expertendiskurs: Die »Novellenstrategie« des BdV	228
b) Die Novellierungen des BVFG	250
4. Zwischenfazit: Vertriebene Abgeordnete als Akteure der Vertriebenenpolitik	253

Drittes Kapitel

Parlamentarische Diskursanalyse Außen- und Deutschlandpolitik	257
1. Außen- und Deutschlandpolitik der Ära Adenauer im Spannungsfeld von Westintegration, Wiedervereinigung und Ostpolitik	257
a) Westeuropa als Weg zu Gesamtdeutschland? Vertriebene Abgeordnete als Akteure der parlamentarischen Auseinander- setzungen um die Westintegration 1949–1955/57	257
Die »Verteidigung des Abendlandes«: Vertriebene Abgeordnete der Regierungsfractionen und die Westintegration (258) – Die Saarfrage als Zerreißprobe für den GB/BHE (272) – Sozialdemokratische Op- positions politik als verfassungsrechtliche Auseinandersetzung (287)	
b) Rechtspositionen als Determinanten der Ost- und Deutschlandpolitik: Die Hallstein-Doktrin und die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten	293
c) Vorstöße zur Präzisierung und Festschreibung heimatpolitischer Rechtspositionen als Leitlinien der Außenpolitik der Bundesrepublik	302
Diskussion um den Rechtsanspruch auf die Vertreibungsgebiete: Der Paul-Bericht (302) – Verbandspolitik als ergänzende Außenpoli- tik: Der Jaksch-Bericht (313)	

2. Verteidigung heimatpolitischer Rechtspositionen gegen den Wandel der Ost- und Deutschlandpolitik 1961–1969	322
a) Zwischen »Verzicht ist Verrat« und »Wandel durch Annäherung«: Vertriebene Abgeordnete und die ost- und deutschlandpolitische Entwicklung der SPD vom Jaksch-Bericht bis zur Neuen Ostpolitik	322
b) Die ost- und deutschlandpolitische Entwicklung der FDP unter dem Parteivorsitz von Erich Mende 1960–1968	329
c) Wachsendes Misstrauen: Vertriebene Abgeordnete in CDU/CSU während der Regierungszeit Erhards und in der Großen Koalition	336
Die Regierungszeit Erhards als Übergangsphase zu neuen Ansätzen der Ost- und Deutschlandpolitik (336) – Auseinandersetzungen um die neue Ostpolitik während der Großen Koalition (341) – Die Diskussion um die Beweissicherung der Vertreibungsverbrechen (350)	
3. Zwischen Entspannung und Verzicht: Die parlamentarische Auseinandersetzung um die Ostverträge 1969–1974	357
a) Die »Überläufer«: Fraktionswechsel aus Protest gegen die Ostpolitik.	357
b) Kampf dem »Verzicht«: Vertriebene Abgeordnete der CDU/CSU und die Ostvertragspolitik der sozial-liberalen Koalition	367
c) »Den Teufelskreis durchbrechen«: Vertriebene Abgeordnete der sozial-liberalen Koalition und die Neue Ostpolitik	385
4. Zwischenfazit: Vertriebene Abgeordnete als Akteure der Außen- und Deutschlandpolitik	390

Schlussbetrachtung

Selbstverständnis, Identität und Agieren von vertriebenen Abgeordneten im Bundestag	393
---	-----

Verzeichnisse

1. Abkürzungen	401
2. Tabellen	404

Anhang

I. Statistiken	406
II. Biographischer Anhang	419

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen	449
B. Gedruckte Quellen und Literatur	451

Personenregister	476
----------------------------	-----